

ANTRAG

Antragsteller*in: Gabriel Paulus, Oleksa Woloschtschuk, Marvin Feigl, Doris Gherasim

Tagesordnungspunkt: 16.c. Allgemeine Anträge

A5: Demography is destiny - für einen liberalen Pronatalismus!

Antragstext

1 Demography is destiny - und niedrige Geburtenraten drohen, zum gefährlichsten
2 globalen Supertrend des 21. Jahrhunderts zu werden.

3 Die Geburtenrate in Österreich und der EU befindet sich auf einem historisch
4 niedrigen Niveau. Diese Entwicklung muss ausgebremsst werden. Dabei darf das
5 Thema nicht von ideologischen Extrepositionen vereinnahmt werden, die Freiheit
6 einschränken oder gesellschaftliche Spaltungen vertiefen. Nur breiter
7 gesellschaftlicher Konsens und die Wahrung der Freiheit des Einzelnen wird eine
8 nachhaltige Trendwende erlauben. Daher müssen wir auf positive Anreize und
9 Bewusstseinsbildung setzen, um eine freie und familienfreundliche Zukunft zu
10 gestalten.

11 Der globale Einbruch

12 Wie steht es um die Geburtenzahlen in Österreich, Europa und global? In
13 Österreich liegt die Geburtenrate im Jahr 2024 bei ca. 1,32 Kindern pro
14 Frau,^[11] weit unterhalb des für den Bevölkerungserhalt nötigen Wertes von
15 2,1. Dies spiegelt die allgemeine Lage in Europa wieder, wobei auch viele
16 Länder mit traditionell höheren Geburtenraten wie die Türkei (1,5)^[12] und
17 Indien (1,9)^[13] ähnliche Rückgänge verzeichnen. Derzeit entsteht 90% des
18 globalen BIP - und wohl auch der globalen Innovation - in Ländern mit einer
19 Geburtenrate unter 2.^[14] Besonders bedrohlich ist vor allem auch die
20 Geschwindigkeit des globalen Geburteneinbruchs: So fiel allein zwischen 2015 und
21 2023 die Geburtenrate in Chile von 1,78 auf 1,14, in Großbritannien von 1,79
22 auf 1,45, in Argentinien von 2,24 auf 1,35 oder in Südkorea von 1,24 auf
23 0,72.^[15] Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Hingegen werden höhere
24 Geburtenüberschüsse nach wie vor insbesondere in Sub-Sahara-Afrika sowie
25 Zentralasien verzeichnet.

Risiken und Auswirkungen einer niedrigen Geburtenrate

Eine niedrige Geburtenrate bedroht langfristig die ökonomische Stabilität und Innovationskraft einer Gesellschaft. Für Europa geht es nicht nur um die Finanzierbarkeit von Rentensystemen, sondern auch um die Frage, ob unsere Gesellschaft in der Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch bestehen kann. Während sich im Jahre 1900 der Anteil Europas an der Weltbevölkerung noch auf 25% belief, wird dieser bereits im Jahr 2050 voraussichtlich auf unter 7,5% sinken.^[6]

- Es ist klar, dass niedrige Geburtenraten in keinem Fall durch mehr Einwanderung kompensiert werden können. Zum einen wird sich der Mangel an Menschen allein in Europa auf hunderte Millionen Menschen belaufen. Auch in anderen Ländern/Regionen mit sehr niedrigen Geburtenraten wie der VR China, Westasien oder dem gesamten amerikanischen Kontinent wird der wirtschaftliche Druck zur Aufnahme größerer Zahlen von Einwanderern oder temporären Arbeitskräften steigern, während die Länder mit Arbeitskräfteüberschuss immer weniger werden.
- Darüber hinaus ist anzuerkennen, dass die Aufnahme einer kritischen Anzahl an Einwanderern, insbesondere jenen aus kulturell weiter entfernten Regionen, in Europa bereits jetzt zu großen politischen Spannungen führt und weder als wirtschaftlich noch gesellschaftlich nachhaltig betrachtet werden kann.
- Im Ergebnis ist die Tendenz eines globalen Bedeutungsverlusts liberaler Demokratien und Bevölkerungsgruppen vis-à-vis "konservativerer" und kinderreicherer Länder und Bevölkerungsgruppen sowohl global als auch landesintern anzuerkennen.

Maßnahmen für eine demographische Erneuerung

Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate zu ergreifen, die auf wirtschaftliche Anreize, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung von Eltern abzielen. Anzuerkennen ist, dass die Geburtenrate in deutlich höherem Maß von gesellschaftlichen als von wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist. Dennoch kann auch durch wirtschaftliche Anreize zumindest ein wichtiger, erster Schritt zur Ausbremsung des aktuellen Trends gesetzt werden. Langfristig ist eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für Familien anzustreben.

Die Geburt eines Kindes bewirkt enorme positive Externalitäten für die

Gesellschaft, leider aber hohe Kosten bei den Erziehungspflichtigen. Es ist die Aufgabe liberaler Politik, diese Art von Marktversagen zu adressieren. Mögliche wirtschaftliche Maßnahmen zum Ausgleich dieses Ungleichgewichts sind z.B.:

- Steuersenkungen und/oder Steuersplitting für beide Erziehungsberechtigten, z.B. nach französischem Vorbild. Dadurch soll insbesondere die arbeitende Mittelschicht entlastet werden;
- die Vergabe von großzügigen zinsfreien Wohnraumkrediten pro Kind, je nach örtlichen Umständen;
- der Ausbau von Betreuungsangeboten;
- Flexibilisierung der Arbeitswelt, damit Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können, beispielsweise in Hinblick auf Elternkarenz, Home Office, Arbeitszeitflexibilisierung und weitere Modelle. Dabei ist uns wichtig, dass Angebote gleichermaßen von Müttern und Vätern angenommen werden können. Generell sollen derartige Angebote die persönliche Freiheit erhöhen.

Eine liberale Familienpolitik muss dabei ausdrücklich auch eine feministische Politik sein. Die Möglichkeit, Kinder zu bekommen, darf nicht bedeuten, dass Frauen zwischen Familie und beruflicher oder persönlicher Selbstverwirklichung wählen müssen. Gerade deshalb müssen Betreuungsangebote, flexible Arbeitsmodelle und eine gleichberechtigte Aufteilung der Elternschaft ausgebaut werden. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen gleichermaßen Frauen und Männern zugutekommen und dürfen nicht zu einer Retraditionalisierung von Geschlechterrollen führen. Eine höhere Geburtenrate kann nur dann nachhaltig sein, wenn Frauen ihre Familienplanung frei verwirklichen können, ohne dadurch ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit oder beruflichen Chancen aufgeben zu müssen.

Dazu gehört auch eine bessere Unterstützung rund um Schwangerschaft und Geburt. Wir wollen daher die **prä- und postnatale Gesundheitsförderung** ausbauen, die medizinische und psychologische Vorbereitung auf Schwangerschaft und Geburt verbessern und das **Vorbereitungsangebot für werdende Eltern** erweitern. Ebenso sollen **alternative Möglichkeiten der Familiengründung und des Kinderbekommens** besser zugänglich gemacht und bestehende Hürden, soweit möglich, abgebaut werden. Dazu zählen insbesondere moderne Reproduktionsmedizin und weitere Formen der Familiengründung.

Weitere nicht-wirtschaftliche Maßnahmen inkludieren:

- Aufklärung über Fertilität für junge Menschen, um eine realistische Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Fertilität sowie der Chancen und Grenzen technischer Hilfsmaßnahmen zu schaffen. Studien zeigen, dass junge Menschen tendenziell ihre Fertilität stark überschätzen.
- eine allgemeine Bewusstseinsbildung über die Bedeutung dieses Themas für unsere Gesellschaft. Im Idealfall sollte dies auch zu einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung für die Elternrolle, insbesondere für Mütter, führen. Es ist anzunehmen, dass der „kulturelle“ Faktor das größte Potenzial für eine demographische Trendwende bietet.

Wir lehnen konsequent Maßnahmen ab, die die individuelle Freiheit einschränken oder stark polarisierende moralische Debatten entfachen. Dies wäre z.B. bei Einschränkungen des Zugangs zu Abtreibungen, dem zwanghaften Versuch der Rückgängigmachung der erhöhten Arbeitsmarktintegration von Frauen oder der Benutzung historisch behafteter bzw. auf sonstige Weise spalterischer Rhetorik der Fall. Solche Maßnahmen würden nur zu starken gesellschaftlichen Spaltungen und einer Gegenreaktion führen, die das eigentliche Ziel der Geburtensteigerung konterkarieren würde. Stattdessen müssen wir auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens setzen, der die individuelle Freiheit vergrößert und positiv besetzt ist.

So zeigen Studien aus Spanien,¹⁷¹ dass die gewünschte Anzahl an Kindern hoch genug ist, um eine stabile Bevölkerung zu gewährleisten. Das Ziel darf damit auf keinen Fall das „Aufdrängen“ einer Elternrolle in Fällen sein, in denen diese ausdrücklich nicht gewünscht oder möglich ist. Vielmehr ist es das Ziel, die Steine aus dem Weg räumen, die aktuell den Kinderwunsch oder den Wunsch nach einer höheren Kinderanzahl erschweren.

Für einen liberalen Pronatalismus!

Die Steigerung der Geburtenrate in der EU ist ein gemeinsames Interesse aller Menschen, die sich ein stabiles und starkes Europa wünschen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, die die Gründung und den Erhalt von Familien aktiv unterstützt, ohne dabei individuelle Freiheiten zu beschneiden. Ein liberaler Pronatalismus, der das Schaffen von Möglichkeiten und nicht das Einschränken von Rechten in den Vordergrund stellt, ist entscheidend – durch wirtschaftliche Anreize, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, hochwertige Gesundheits- und Unterstützungsangebote, kulturelle Wertschätzung und positive Zukunftsbilder.

Wir wollen nicht mehr Kinder um jeden Preis, sondern eine Gesellschaft, in der

Menschen ihren Kinderwunsch frei verwirklichen können. Nur so können wir langfristig wirtschaftliche Stabilität, individuelle Freiheit und sozialen Frieden sichern.

^[11] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrate-in-oesterreich/>

^[12] [Turkey: a looming demographic crisis | OSW Centre for Eastern Studies](#)

^[13] [Total fertility rate - The World Factbook \(cia.gov\)](#)

^[14] <https://x.com/MoreBirths/status/1793394520727429326>

^[15] x.com/MoreBirths/status/1821360554293825719

^[16] [Population of Europe \(theworldcounts.com\)](#)

^[17] [Lowest low fertility in Spain: Insights from the 2018 Spanish Fertility Survey \(demographic-research.org\)](#)